

## **Antrag**

**der Abg. Carola Wolle u. a. AfD**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau**

### **Mögliche Auswirkungen des Projekts „Neue Seidenstraße“ auf Baden-Württemberg**

#### **Antrag**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. ob irgendwelche Projekte wie z. B. Baumaßnahmen oder Investitionen in Baden-Württemberg bekannt sind, welche das Projekt „Neue Seidenstraße“ betreffen;
2. ob es Verhandlungen/Kooperationen der Landesregierung mit der chinesischen Regierung betreffend des Projekts „Neue Seidenstraße“ gab oder gibt;
3. ob Firmen aus Baden-Württemberg in dieses Projekt (z. B. durch Aufträge) eingebunden sind;
4. ob die Landesregierung durch das Projekt „Neue Seidenstraße“ eher negative oder eher positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg erwartet;
5. ob die Landesregierung bei einer Fertigstellung eine Veränderung (z. B. Absatzeinbußen) für die Wirtschaft Baden-Württembergs in den über die „Neue Seidenstraße“ verbundenen/kooperierenden Ländern erwartet;
6. ob die Landesregierung Bundesrats-Initiativen plant, welche sich mit der Thematik „Neue Seidenstraße“ befassen;
7. ob der Landesregierung aus anderen Bundesländern Einschätzungen/Beurteilungen zu den Auswirkungen dieses Projekts vorliegen.

16. 07. 2019

Wolle, Dr. Merz, Baron,  
Dr. Baum, Stauch AfD

Eingegangen: 17. 07. 2019 / Ausgegeben: 23. 08. 2019

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

### Begründung

China treibt inzwischen seit Jahren auf teils sehr dominierende und aggressiv-expandierende Art und Weise das Projekt „Neue Seidenstraße“ voran. Dieses viele Milliarden schwere Projekt hat jedoch auch viele Nachteile, welche auch bereits in der Presse diskutiert worden sind. So entpuppt sich die vermeintliche Großzügigkeit Chinas z. B. beim Bau von Häfen oder auch zum Projekt gehörende Autobahnen oft als Schuldenfalle für die auf der Strecke befindlichen Länder wie z. B. Montenegro. Dieser Antrag soll klären, ob für Baden-Württemberg in ökonomischer Hinsicht durch dieses Projekt direkte oder indirekte Auswirkungen zu erwarten sind und wenn ja, wie man hierauf am besten reagieren sollte.

### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 9. August 2019 Nr. 67-4252.2-CHN/754/1 nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau zu dem Antrag wie folgt Stellung:

#### Vorbemerkung:

Der Begriff „Neue Seidenstraße“ wurde mittlerweile durch den Begriff „Belt and Road-Initiative“ abgelöst. In der Stellungnahme wird daher dieser Begriff verwendet.

*1. ob irgendwelche Projekte wie z. B. Baumaßnahmen oder Investitionen in Baden-Württemberg bekannt sind, welche das Projekt „Neue Seidenstraße“ betreffen;*

Zu 1.:

Der Oberbürgermeister der Stadt Mannheim hat 2016 bei einem Termin in der chinesischen Hauptstadt Beijing erstmals eine direkte Güterzugverbindung zwischen Mannheim und China ins Gespräch gebracht.

Mannheim ist ein bedeutender europäischer Verkehrs- und Logistiknotenpunkt und verfügt über einen leistungsfähigen Güterverkehrsbahnhof. Mit 1.131 Hektar ist der Mannheimer Hafen zudem flächenmäßig einer der größten Häfen Deutschlands.

Nachdem insbesondere Nordrhein-Westfalen bereits über eine regelmäßige Güterverkehrsanbindung nach China verfügt, erschien dies aus Sicht der Stadt ein wichtiges Vorhaben zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Verkehrsknotens Mannheim. Zudem haben die regionalen Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen entsprechende Bedarfe für den Gütertransport nach China bei der Stadt Mannheim angemeldet.

Mannheim wurde zudem als erste deutsche Stadt von der Europäischen Kommission für das EU-Programm IUC (International Urban Cooperation) ausgewählt. Gemeinsam mit der chinesischen Metropole Chongqing, die Start- und Endpunkt des sog. Transeurasia-Expresses ist, wurde in diesem Rahmen in rund einjährigen Verhandlungen die Voraussetzung für eine Etablierung der Direktverbindung Mannheim-Chongqing geschaffen. Die Europäische Union unterstützte das Vorhaben finanziell und politisch. Am 25. Oktober 2018 fuhr der erste Güterzug von Mannheim nach Chongqing.

Inwiefern sich dieses Angebot der chinesischen Firma Yuxinou etablieren wird, hängt maßgeblich von der Nachfrage der hiesigen Unternehmen ab.

Weitere Projekte sind der Landesregierung nicht bekannt.

*2. ob es Verhandlungen/Kooperationen der Landesregierung mit der chinesischen Regierung betreffend des Projekts „Neue Seidenstraße“ gab oder gibt;*

Zu 2.:

Die Landesregierung von Baden-Württemberg pflegt seit langer Zeit partnerschaftliche Beziehungen zu den chinesischen Provinzen Jiangsu und Liaoning. Beim Besuch des Gouverneurs der Provinz Jiangsu im September 2018 wurde zwischen dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau und der Entwicklungs- und Reformkommission der Provinz Jiangsu eine Absichtserklärung über eine Verstärkung der Zusammenarbeit einzelner Industriebranchen und im Bereich der Innovationsentwicklung unterzeichnet.

Gegenstand der Absichtserklärung ist u. a.

- der Schutz legitimer Investitions- bzw. Geschäftstätigkeiten von Unternehmen,
- eine gleichberechtigte Behandlung für Unternehmen mit ausländischer Beteiligung,
- eine Anwendung derselben industriellen Unterstützungs- und Innovationsförderpolitik für Unternehmen aus dem In- und Ausland sowie
- eine gleichberechtigte Behandlung von Unternehmen aus dem In- und Ausland in Bereichen der Geschäftslizenzüberprüfung, Qualifikationsbeantragung, Standardsetzung und bei Beschaffungen durch die Regierung.

Beide Seiten haben in dieser Erklärung auch ihr Einverständnis erklärt, im Rahmen der „Belt and Road-Initiative“ die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen zu stärken. Ziel des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau hierbei ist es, bei Bedarf und wirtschaftlichem Interesse von Unternehmen diese – z. B. im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung – dort unterstützend zu flankieren, wo regelbasiertes Handeln möglich ist. Konkrete Maßnahmen wurden bislang nicht umgesetzt.

Eine politische Unterstützung des Projektes ist seitens der Landesregierung nicht vorgesehen.

*3. ob Firmen aus Baden-Württemberg in dieses Projekt (z. B. durch Aufträge) eingebunden sind;*

Zu 3.:

Über Unternehmenskooperationen auf Drittmärkten entscheiden Unternehmen nach eigenen Kriterien. Eine Meldepflicht besteht nicht. Die Landesregierung verfügt daher über keine Übersicht über baden-württembergische Unternehmen, die im Rahmen der „Belt and Road-Initiative“ Chinas wirtschaftlich aktiv sind.

*4. ob die Landesregierung durch das Projekt „Neue Seidenstraße“ eher negative oder eher positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg erwartet;*

*5. ob die Landesregierung bei einer Fertigstellung eine Veränderung (z. B. Absatzeinbußen) für die Wirtschaft Baden-Württembergs in den über die „Neue Seidenstraße“ verbundenen/kooperierenden Ländern erwartet;*

Zu 4. und 5.:

Zu den Ziffern 4 und 5 wird aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen Stellung genommen.

Chinesische Unternehmen werden – auch unabhängig von der „Belt and Road-Initiative“ – in den kommenden Jahren immer mehr zu Mitbewerbern unserer Unternehmen weltweit werden. Ursache hierfür sind insbesondere die hohen Investitionen Chinas in die Innovations- und internationale Konkurrenzfähigkeit seiner Unternehmen.

Ein ökonomisches Motiv Chinas bei der Umsetzung der „Belt and Road-Initiative“ ist aus Sicht der Landesregierung insbesondere die Erschließung neuer Absatzmärkte für chinesische Produkte und Unternehmen.

Die wirtschaftlichen und geopolitischen Erwartungen an die „Belt and Road-Initiative“ sind vor allem von Seiten Chinas sehr groß. Aber auch auf deutscher Seite bestehen teils große wirtschaftliche Erwartungen an das Projekt. Dies gilt insbesondere für traditionell wichtige Handelsknotenpunkte und Standorte internationaler Häfen.

So können Infrastrukturinvestitionen grundsätzlich zu verbesserter Konnektivität und nachhaltiger Entwicklung in Europa, Asien und darüber hinaus beitragen. Die EU leistet dazu bereits seit langem einen substanziellen Beitrag.

Ein kontinuierlicher Ausbau von Infrastrukturnetzwerken und deren Nutzung kann aus Sicht der Landesregierung nur gelingen, wenn er auf einer offenen Partnerschaft mit offenen Märkten fußt, die die Interessen aller beteiligten Akteure berücksichtigt. Internationale Sozial-, Umwelt-, Menschenrechts- und Ausschreibungsstandards müssen hierzu eingehalten werden. Dazu gehört auch die Schuldentragfähigkeit von Projekten.

Die geförderten Infrastrukturprojekte müssen darüber hinaus im Einklang mit den vereinbarten Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens stehen.

Die Landesregierung unterstützt deshalb nachdrücklich die Rolle der EU in diesem Zusammenhang und sieht in der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie den Referenzrahmen für Infrastrukturprojekte und partnerschaftliche Kooperation.

Für einen wirtschaftlichen Erfolg der neuen Logistikwege ist es dabei elementar, dass die Transportwege in beide Richtungen funktionieren und damit auch Chancen für heimische Unternehmen, z. B. aus der Logistikbranche, bestehen.

Eventuelle, zusätzliche bilaterale Vereinbarungen zwischen China und den im Rahmen der „Belt and Road-Initiative“ kooperierenden Staaten könnten auch Auswirkungen auf den dortigen Marktzugang für baden-württembergische Unternehmen haben. Solche Vereinbarungen sind der Landesregierung derzeit jedoch nicht bekannt.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau wird die weitere Umsetzung der „Belt and Road-Initiative“ intensiv verfolgen und sich auch weiterhin konsequent für offene Märkte sowie einen freien und fairen Handel einsetzen.

*6. ob die Landesregierung Bundesrats-Initiativen plant, welche sich mit der Thematik „Neue Seidenstraße“ befassen;*

Zu 6.:

Die Landesregierung plant derzeit keine Bundesratsinitiativen zu diesem Thema.

*7. ob der Landesregierung aus anderen Bundesländern Einschätzungen/Beurteilungen zu den Auswirkungen dieses Projekts vorliegen.*

Zu 7.:

Der Landesregierung liegen keine Einschätzungen/Beurteilungen zu den Auswirkungen dieses Projekts aus anderen Bundesländern vor.

Dr. Hoffmeister-Kraut

Ministerin für Wirtschaft,  
Arbeit und Wohnungsbau